

Geschäftliche und Redaktions-  
Breslau, H. 18, Holzstraße 46

Preis pro Nummer 1.40 M., im Postamt 1.50 M., Familien-Angebote 1.30 M. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch  
Postbestellung bezogene Exemplare ist die Möglichkeit des Bezuges nicht gesichert

# Sächsisch- Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt 4 Mark 50 Pf. —  
Halbjährlich 8 Mark 50 Pf., in Dresden und ganz Deutschland frei Haus 10 Mark 50 Pf., wofür 2 B. 50 Pf. —  
Jahrespreis 16 Mark 50 Pf., in Dresden und ganz Deutschland frei Haus 20 Mark 50 Pf., wofür 4 B. 50 Pf. —  
Wochenpreis 30 Pf. — Einzelhefte 10 Pf. — Druckstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die  
Zeitungsspalte 1.40 M., im Postamt 1.50 M., Familien-Angebote 1.30 M. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch  
Postbestellung bezogene Exemplare ist die Möglichkeit des Bezuges nicht gesichert

## Revolution, Verfassung und Land- wirtschaft

Die politische Umwälzung in der Revolution hat keinen Bewußt-  
stand mehr wie den der Bauern mit einem Rucke aus seinen altge-  
wohnlichen Verhältnissen in ganz plötzliche, anfangs ihm unverständliche  
Veränderungen im Umwandel der kleinen, bündelartigen  
Wahlkreise in Kreiswahlkreise, in denen nur die Stimmenzahl gilt.  
In Preußen Selbstverwaltung der Landgemeinden auf Grund des  
gleichen Wahlrechtes, vielfach im Zusammenarbeit mit sozialdemokra-  
tischen Gemeindevorstehern. Wahlrecht der Frauen. Befreiung der  
Bauern, dafür schrankenlose Volksherrschaft. Erst Diktatur der Un-  
abhängigen, heute Vorherrschaft der zur Demokratie sich hehnenden  
Mehrheitssozialisten als der stärksten Partei; sie legte die wichtigsten  
Regierungsstellen. Jüngst für die bürgerlichen Stände und Parteien  
zur Verhängnis mit der Wehrrechtssozialdemokratie, um die bolsche-  
wistischen Unabhängigen im Range zu halten, um überhaupt wieder  
Ordnung im Lande zu schaffen. Jüngst für die Bauern, mit den  
sozialistischen Landarbeitervereinigungen über die Arbeitsbedingungen  
zu verhandeln. Wegfall aller Vorrechte mit ehrenamtlichen Pflichten,  
statt dessen freie Selbstbestimmung des Volkes, das zu mehr als 40 von  
Hundert bei den Nationalwahlen sozialdemokratisch wählte. Immer  
wieder Verwirklichung des Wehrrechts durch wilde Erreiß, werte-  
lose Preis- und Lohnsteigerungen, Schmutzung des öffentlichen Ver-  
kehrs.

Der Wehrzettel der Bauern ist erst jetzt zum Bewußtsein gekom-  
men, daß sie schon vor dem Kriege eine Minderheit von etwas mehr  
als ein Viertel der Bevölkerung darstellten. Die meisten von ihnen  
hatten sich den immer mehr zugehörten und viel Strauß auswirkenden  
parteilichen Kämpfen ferngehalten, die in den länderlichen Wahl-  
kreisen, vor allem in Preußen unter einem Dreiklassenwahlrecht im  
Staat, in den Kreisen und Gemeinden überhaupt nicht ernsthaft wur-  
den. Den Kampf mit der wachsenden Sozialdemokratie und mit ihrer  
radikalen Demokratie sah man als eine Angelegenheit der Zukunfts-  
bedenken an. Mit Unbilligen Arbeiterorganisationen mit dem Kampf  
um deren Abstammung in der Landwirtschaft zu rechnen war man  
nicht gewohnt. Und mit einem Schloße strahlte all das Neue auf die  
unvorbreitete Landbevölkerung herein!

Daß die Bauern nach einem solchen Umsturz, nach einem solchen  
plötzlichen Herausgerissenwerden aus einer altgewohnten, für un-  
wandelbar gehaltenen Sicherheit sich nicht sofort zurückschauen, daß sie  
nach dem verlorenen Alten immer wieder zurücksehen, dem Neuen  
vielleicht noch mißtraulich oder doch innerlich unversöhnt gegenüber-  
stehen, ist bei ihrer Unfähigkeit an das Verdrängte für den Anfang  
menschlich verständlich. Aber was hilft es zu großen wenn das Ge-  
schick plötzlich ein ganzes Volk aus den alten Jahnen wirft und zwingt,  
auf neuen Wegen zu wandeln? Jede Revolution als gewaltsame Um-  
wälzung ist die Macht für verpönte, verächtliche, freiwillige und schließ-  
liche Umwälzungen. Sie ist eine geschichtliche Wahrheit, für welche  
die großen Staatsmänner aller Zeiten ihr Zeugnis abgelegt haben.  
Wenn plötzlich in einem menschlichen Körper ein furchtbares Geschwür  
aufricht, dann hat man verstanden, der Aufbruch der Schwärmer  
Säfte rechtsseitig vorübergehen. Das deutsche Volk hat nach altem  
Wahlrecht eine Nationalversammlung gewählt mit dem Auftrag, eine  
neue Verfassung zu schaffen. Diese fand die Zustimmung von mehr  
als drei Viertel der Volkswahlberechtigten, als der Ausdruck der freien  
Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Diese neue Wehrrechtsverfassung  
befestigte die Gewaltenteilung der Revolution und schloß den Aufbruch  
der Bürgerfreiheit und rechtsseitigen Ordnung zurück.

Es liegt in der Natur jeder Revolution, die nur umstürzen kann,  
daß sie über das Ziel hinausgeschießt. Die Aufgabe der Revolution ist  
es dann, das zu schaffende Neue mit dem lebensnotwendigen und lebens-  
notwendigen Alten zu verbinden. Niemals aber lehren nach einer  
großen Revolution die alten Verhältnisse unverändert zurück. Man  
ging vielmehr manche neue Wege, welche die letzten Reiten gelehrt  
haben. Diese Lehre der Wehrrechtsverfassung ist es auch auf dem Lande  
zu beherzigen. Daß dies erst nach furchtbaren revolutionären Kämpfen  
voll Jernum und Schluß die Wehrrechtsverfassung der neuen, teil-  
weise im Dunkel liegenden Wege findet, ist in hartem Schicksal, ist  
tragische Schuld. Weht es aber im Leben der einzelnen durchweg an-  
ders? Was ist anders mit dem Kuffen der alten Verhältnisse?  
Nur in den mittelalterlichen Ständen der neu aufkommende Stand der  
Handwerker zur bürgerlichen Freiheit und zu seiner sozialen Selbstän-  
dlichkeit gekommen ohne laune und schwere, nur legerliche Kämpfe und  
Aufstände? In die Bauernbefreiung vor hundert Jahren nicht durch  
die Not der Napoleonischen Fremdherrschaft erzwungen? Wäre ohne  
die große englische (1688) und französische (1789) Revolution der dritte  
Stand, das Bürgertum, in England, Frankreich, in Rußland zur  
Freiheit und Selbständigkeit aufgestiegen? Nun hat in Rußland,  
Deutschland und Österreich-Ungarn die dritte Revolution aller Zeiten  
den alten Stand der Arbeiter emporgetragen, der an der Errettung  
der Wehrrechtsverfassung mit den alten Verhältnissen durch eine friedliche  
Sozialreform verzweifelt war, da sie noch während der furchtbaren  
Kämpfe in Deutschland trotz der entgegenkommenden Osterhoffnung  
1918 des Kaisers durch Widerstände im Innern vertrieben und  
verhindert ward. Beim Verlassen des Kriegeslandes wäre es die  
allernächste Zeit gewesen, anzusetzen einer so überaus hohen Sozial-  
demokratie durch gründliche Vollendung der Sozialreform die Wehrrechte  
zu sichern und die Epochen einer Revolution zu verhindern. Die  
weisen Bürger in Stadt und Land übersehen das, so kam die Revolu-  
tion und warf das deutsche Volk gewaltig in neue Bahnen.

Das Schicksal ist, wenn es losbricht, niemals aufzuhalten, es  
ist allmächtig, aber es läßt stets den Menschen die Freiheit, es zum  
Guten zu wenden. Das ist nun die Aufgabe des deutschen Volkes im  
neuen Volksstaat, dessen Verfassung vom deutschen Volke nach dem  
freiesten Wahlrecht mit überwältigender Mehrheit ordnungsgemäß be-  
schlossen und damit verbindlich geworden ist. Daß der bürgerliche  
dem deutschen Volke lebensnotwendige Stand der Bauern seine mehr  
auf das Erhalten des dauernd wertvollen, bewährten Alten gerichtete  
beständige Bestimmung mit in die neue Demokratie einbringt, ist für  
den Wiederaufbau von höchster Wichtigkeit. Im Bauernstande ruht  
große unverbrauchte politische Kraft; möge er sie nun in reger politi-  
scher Mitarbeit einschleifen, nicht aber großem Wehrrechte stehen. Er ist  
fast genug, sich auch im Volksstaate zu behaupten und geltend zu  
machen, wenn er nicht schludert, sondern vorwärts schaut. So macht  
er sich um sein Vaterland in der Stunde seiner größten Not wahr-  
haft verdient und sichert er sich seinen Platz in der neuen Zeit.

## Der Zwiespalt unter den Deutsch- nationalen

Ist auch bei der Verhandlung über das Wahlrecht der Soldaten in der  
Donnerstagssitzung der Nationalversammlung scharf hervorgetreten.  
Die nationalliberale „Deutsche Zeitung“ (Nr. 183) läßt sich  
darüber und über die Gegenseite in der Deutschnationalen Partei noch  
einiges, was vermehrt zu werden verdient, aus Berlin berichten:

Die deutschnationale Reaktion hat auch in dieser Frage das  
Schauspiel des Bundeskampfes, der jetzt in der Partei zwischen  
den gemäßigten Elementen und der konser-  
vativ-deutschnationalen Gruppe ausgefochten wird, die  
sich immer mehr vordrängt und dadurch häufig den Abgeordneten  
von Karboff und Genossen zum Austritt aus der Partei veranlaßt  
hat. Dieser Zwiespalt ist offensichtlich geworden, seitdem die  
deutschnationale Gruppe der Partei das Ultimatum gestellt hat,  
dem Herausgeber der rechtsradikalen „Deutschen Wochenblätter“  
Runde, und dem deutschnationalen Führer von Ramin Reichstags-  
plätze zu sichern. Heute zeigte sich der Zwiespalt darin, daß einer der  
Führer des äußersten rechten Flügels, der Abgeordnete v. Gräfe,  
dieser, der mit gleichem Votum die Deutsche Volkspartei ins  
konservative Lager überzuführen versucht, der Reichstags-  
Wahlrecht sichern wollte (übrigens in bemerkenswerter Konkurrenz  
mit der Sozialdemokratie) natürlich, um sie ins reaktionäre Lager  
zu jeren und sie zu reaktionären Jorden zu gebrauchen. Der Prä-  
sidentenführer der Deutschnationalen, Graf Posadowsky, gab  
dem Reaktionsführer eine so scharfe Abfuhr, daß man ersehen  
konnte, wie groß der Unterschied der Anschauungen zwischen rechts  
und links bei den Deutschnationalen ist, aber auch, daß die typischen  
Reaktionäre ihrer Bestrebungen mit zielbewusster Hartnäckigkeit weiter  
verfolgen.

Raum weniger bemerkenswert ist, so leuchtet dazu die „Köln  
Volkszeitung“, daß selbst ein Blatt, das sonst den extremsten Deutsch-  
nationalen sich hart geistig verweigert hat, die „Tägliche  
Kundschau“, bei dieser Gelegenheit Herrn von Gräfe eine kleine  
lebenswichtige Botschaft verleiht, indem sie schreibt: „Eine Minder-  
heit der Wehrrechte, geführt von dem Abgeordneten von Gräfe, tritt dafür  
für das Wahlrecht der Soldaten ein, wie er behauptet, nicht aus  
Wahlkraft, aber selbst bei Deutschnationalen vermag ich an seine  
Mittelmäßigkeit nicht zu glauben.“

## Des Mittelstandes Not

Wir geben der folgenden offenen, aber mit warmem Herzen für  
den Mittelstand geschriebenen Zuschrift Raum, die wir der „Mittel-  
Volkszeitung“ entnehmen:  
Kritik ist wie Wettersturm der lastende Schwüle zerstreut und  
den Horizont klärt. Kritik kann aber auch sein wie heißer Wüstenwind,  
der das Leben jüdet. Kritik ist aber nie Reizquelle neuen Lebens.  
Jede Neugeburt aus reiner Kritik heraus war noch immer eine Tot-  
geburt.

Unser Mittelstand steht nach Monaten der Niedergeschlagenheit  
zum alten starken politischen Leben auf. Das Zentrum begrüßt  
dieses Erwachen der alten Garde mit froher Hoffnung. Andererseits  
dürfen wir nicht übersehen, daß gewisse intellektuelle Kreise  
den Mittelstand aus der Zentrumspartei herausbrechen möchten, um  
ihn an den Karren der Rechtsparteien zu binden. Und darum sagen  
wir weiter: Der Mittelstand bleibt, was er ist und  
ist, was er war, nämlich ein Stand der Mitte, weder rechts  
baldet noch nach links verfährt.  
Der tiefste Grund für die Ruhezunahme ist zunächst ein äußerlicher,  
der Druck von den Gewerkschaften her. Der Mittelstand gehorcht also  
nur einem natürlichen Gesetz, wenn er aufsteht. Allerdings legt dieser  
Tag der Aufrechterhaltung ihm sofort die sittliche Pflicht auf Herz und  
Gewissen, nun auch die alten sittlich-religiösen Ideale wieder zu fördern,  
die ebend von ihm in helligen Händen gehalten wurden. Dazu be-  
darf es echter Selbstkenntnis. Der egoistische Geist des Kapitalismus  
greift vor dem Krieg mit kalter Hand auch in weite Bürgerkreise  
hinein. Eine gewisse tiefere Mechanisierung erfolgte Urteil und ge-  
witzige Selbständigkeit. Hoffentlich Weh fiel reich in die Klassen. Sollte  
Wehrfähigkeit zog einen materiell egoistischen Geist. Man war religi-  
ös und Gewissenhaft, wählte die Partei, die am meisten zu tun ver-  
sprach, bekämpfte mit dem Liberalismus. Liberalismus  
machte unsozial. Von all dem werden sich diese Bürgerkreise  
freimachen müssen.

Wir müssen den Sach sagen: Das Zentrum darf und kann  
keineswegs das Ziel verfehlen kritik sein. Denn nie und zu keiner  
Zeit hat das Zentrum lebendiger und weitschauender Mittelstands-  
politik getrieben als in der Gegenwart. Man vertraue nur dem Ge-  
spinn der organischen Entwicklung. Der Einigungsminister, der die Knochen  
in Ungeheißer überbricht, hat auf die Kräfte zu warten, spricht aller-  
dings das Wort: Das Zentrum hat Verzicht geleistet. Die Geschichte wird  
richten. Wie wenig das Zentrum von seiner Politik der Mitte abge-  
wichen ist, das beweisen wieder die staatsmännlichen Worte Trun-  
born in seiner letzten großen Parlamentrede. Die Gefahr steht für  
uns in 1918. Marx kann unsere Politik nicht auf eine Formel gebracht  
werden.

Darum darf der Mittelstand seine Hoffnungen festhalten, wenn  
er mit gesundem Tat in der Zentrumspolitik verfährt. Alle diejenigen,  
die ihn aus dem Turm herauslocken, sind falsche Propheten.

## Im parlamentarischen Untersuchung- ausschuß

der Nationalversammlung für die Vorkriegszeit (Schuld am Kriege)  
ist es zu Differenzen gekommen. Der Ausschuß hat fordern ein Neues  
Beibehalten als Abschluß seiner schriftlichen Erhebungen und monate-  
langen Arbeiten veröffentlicht. Es enthält die schriftlichen Antworten  
deutscher Staatsmänner und Politiker von Bethmann bis Hugo Haug  
über ihre Beweggründe und Beobachtungen in der Zeit vom Mord in  
Sarajevo bis zum österreichischen Ultimatum. Nunmehr wollte der  
Ausschuß auf Vorschlag des Reichstags-Abg. Dr. Quard (Soz.)  
die drei deutschen Staatsmänner Bethmann-Hollweg, von Jagow und  
Zimmermann in den drei Tagen nach Schluß des Parlaments münde-

lich über die Schuldfrage vernahmen, zu Bestätigung und Arbeitsplan  
das mündliche Erhebungsverfahren als Haupt- und Schlußstück der  
Untersuchungen vorgesehen haben. Im großen Untersuchungsausschuß  
waren die Meinungen über diese Arbeit geteilt, ebenso im Reichst-  
rat, der schließlich dem ersten Unterausschuß selbst die Entscheidung  
überließ. Dieser verhandelte gestern über die heutige Frage. Bei  
der Abstimmung entschieden sich die Abgeordneten Schulz-Bronckow  
(Deutschnat.), Dr. Bachnick (Dem.), v. Lüttich (Zentrum) gegen,  
die Abgeordneten Dr. Quard (Soz.), Frau Helm-Schuch (Soz.) und  
Eichhorn (Unabh.) für die Vornahme, während sich Abgeordnete Dr.  
Reerfeld (Soz.) der Abstimmung enthielt. Hiermit erklärte der Vor-  
sitzende Abg. Dr. Quard, daß er den Beschluß nicht ablehne.

## Der Rücktritt des Verkehrsminister Dr. Bell

Der, wie wir erfahren, zum 1. Mai erfolgt, kommt nicht überaus  
Die Aufgabe, die ihm bei der Übernahme des neu geschaffenen Ver-  
kehrsministeriums übertragen war, war fast unerschwinglich, es war die  
Durchführung der Übernahme der einzelnen Bahnenbahnen auf  
das Reich. Der Minister Dr. Bell hat sich dieser Aufgabe mit voller  
Hingabe unterzogen und nach großen schwierigen Verhandlungen, die  
wiederholt ins Stocken gerieten und bei denen mehr als einmal die  
Verwirklichung der Eisenbahnen bedroht erschien, ist es der außer-  
ordentlichen Gewandtheit Dr. Bells gelungen, das schwere Werk zum  
Abschluß zu bringen. Dafür gebührt ihm der Dank des deutschen  
Volkes. Seine Aufgabe war keine leichte. Das Verkehrs-  
ministerium, welches er als erster Minister neu ins Leben zu rufen  
hatte, hand vor einer um so schwierigeren Aufgabe, als diese neue  
Ministerium aus dem Reichs geschaffen werden mußte, denn das  
eigenliche Rückgrat des Verkehrsministeriums, die Eisenbahnen,  
waren im Besitz der Länder, und es war ein sehr schweres  
Werk, die Zustimmung all dieser Einzelländer zur Übertragung  
der Eisenbahnen auf das Reich zu erlangen. Das Reich  
hat für die Übernahme der Eisenbahnen schwere finanzielle  
Opfer auf sich nehmen müssen, aber nicht bestoweniger bleibt es  
ein großes Verdienst des Ministers Dr. Bell, daß er seine Aufgabe  
risikolos gelöst hat. Die Aufgabe war für ihn um so schwieriger zu  
lösen, als er als Nachfolgermann sich zunächst in die schwierige  
Materie hineinarbeiten mußte, sie war um so schwieriger, als ihm  
bei der Lösung seiner Aufgabe wiederholt Schwierigkeiten gemacht  
worden sind, die ihren Ausgangspunkt hatten in einzelnen Eisen-  
bahnministerien. Allen Schwierigkeiten zum Trotz hat er seine  
Aufgabe gelöst. Wenn er jetzt aus seinem Amte scheidet, so darf  
er mit Befriedigung auf seine Tätigkeit zurückblicken, und er darf  
gewiss sein, daß nicht nur die Reichsregierung, die den Minister  
Bell nach seinem vollem Werte zu schätzen weiß, sondern auch das  
ganze Volk ihm aufrichtigen Dank schuldet für seine aufopferungs-  
volle, hingebende Tätigkeit.

## Finanzfragen in der Nationalver- sammlung

Finanz- und Ernährungsfragen waren am Montag Gegenstand  
der Verhandlungen der Nationalversammlung. Der Minister gab zwei  
Minister Gelegenheiten, gleich zu Beginn der Sitzung zu einer Pro-  
grammrede das Wort zu ergreifen. Der neue Reichsfinanzminister  
Dr. Borchers legte in überaus eindringlicher Rede, die trotz ihrer  
langen Dauer vom Anfang bis zum Ende das Ohr des Hauses hielt,  
den Haupte die Finanzlage des Reiches auseinander. Diese ist, um  
das gleich vorwegzunehmen, eine erschreckend ernste. Seit 17½ Mil-  
liarden Ausgaben, die man nach im Vorjahre als Normalbedarf an-  
gesehen hatte, sind in ordentlichem und außerordentlichem Maßstab  
mehr als das Doppelte, nämlich 37½ Milliarden erforderlich. Das  
sind gewaltige Riesen und die sie alle es bedingte zu schaffen. Die  
neuen Steuern, deren Fortsetzung der Minister Borchers mit be-  
sonderem Nachdruck hervorgehoben und für deren einheitliche Einführung  
er seinem Vorgänger Erbkam. Dank schuldet, werden bei weitem nicht  
aus, diese gewaltigen Summen zu decken. Es ist natürlich nicht daran  
zu denken, noch für das laufende Jahr diese Schlichte aus  
Steuern zu decken, und es ist überhaupt fraglich ob Steuern all in  
den Festbetrag zu decken vermögen. Derzeit sind nur um vor allen  
Dingen ein Fortschreiten der Ausgaben und gerade in dieser Rich-  
tung hat der Finanzminister Dr. Borchers ein sehr ernstes Wort der  
Wahrung gesprochen, und die Reichs- und Staatsbeamten mit allen  
Nachdruck darauf hingewiesen, daß das Ende der Ausgaben nicht  
nur für das Reich als solches, sondern auch für jeden einzelnen Be-  
amten und Staatsangestellten ein Verhängnis wäre, wenn die Ver-  
pflichtung seiner beiden wichtigsten Transaktionen, der Post und Eisen-  
bahn, aufgegeben werden würde. Er appellierte an das Verständnis  
des Willensbereiches der Beamten und Staatsbediensteten, daß der Fest-  
haltung lebenswichtiger Betriebe das Reich geschadet werde, wenn es  
nicht einmal gelänge, die beiden wichtigsten sozialen Reichsbedienste,  
Post und Eisenbahn, die ja nur aus einem Aufbruch von über  
12 Milliarden aufzuweisen haben, aus der Teilnahmslosigkeit heraus-  
zubringen. Neue Einnahmemaßnahmen müssen auf alle Fälle dem Reich er-  
schlossen werden. Die einzelnen Steuern sind von einigen wenigen  
indirekten Steuern in der Haushaltsweise herauszuheben. Es müssen  
daher andere Wege zur Abklärung der Schuldenlast des Reiches be-  
schritten werden. Der Weltmarkt kann nach der Ansicht des Mi-  
nisters nur durch eine erfolgreiche innere Umwälzung ein Ende gemacht  
werden. Am Ausgange der Rede sprach der Minister an die  
Bildung von Monopolen, aber nur an solche, die wirtschaftliche  
Entwicklung nicht hindern, sondern sie fördern um sozialen Charakter  
tragen. Aber alles das wird letzten Endes nichts nützen, wenn nicht  
das Wichtigste hinaus kommt: rationelle, unermüdete Arbeit.

Nach dem Finanzminister Borchers, dessen Ausführungen wieder  
holt mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, sprach der neue  
Reichslandwirtschaftsminister Dr. Herweg. Das Reichslandwirt-  
schaftsministerium ist bekanntlich aus jungen Männern und wurde  
namentlich auf Betreiben des Reichstags, von dem ohnehin schon über  
mäßig überbürdeten Wirtschaftsministerium abgetrennt, damit die  
Interessen der deutschen Landwirtschaft mit größerem Nachdruck wahr-  
genommen werden können, als das bisher möglich war. Minister  
Herweg stellte die planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Pro-  
duktion als seine Hauptaufgabe hin. Zur Lösung der landwirtschaftlichen

Quelle an-  
greift nach  
besten Spiel-  
das den Un-  
damit, daß  
sollt wiederhol-  
nie" oder ähn-  
Das Geld  
auf der Diebst-  
an solchen  
allein eine  
schlechte eben-  
fremd, wenn  
Büchel lassen  
sind, so  
den geringsten  
während 600  
f. Vocal und  
ten muß hier  
in den Mitten  
nachrichten vor-  
Zelt, Warnung  
erüber Rangk  
vorschläge, in  
Epr.  
erleitet Paat  
er. — Druck  
in Dresden.